



Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Nationale Maritime Konferenz 2023: „Standort stärken. Klima schützen. Zukunft gestalten“ - Ergebnisse zügig umsetzen – - Bund muss Häfen stärker unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert eine Zeitenwende in der Seehafenfinanzierung und begrüßt die gemeinsame Erklärung der Küstenländer und der Hafenwirtschaft im Rahmen der 13. Nationalen Maritimen Konferenz in Bremen. Die Erklärung betont die große volkswirtschaftliche Bedeutung und die wichtige Rolle der norddeutschen Seehäfen für die Industrie, Versorgung, nachhaltige Verkehrsabwicklung, den Klimaschutz, die Energiewende und die nationale Sicherheit.

Die Dekarbonisierung der Schifffahrt, Digitalisierung der Hafensysteme, die dringend benötigte Investition in Hafeninfrastruktur und Schienenhinterlandanbindung – das sind nur einige der Herausforderungen, vor denen die deutschen Seehäfen stehen. Hier braucht es konsequente strukturelle Unterstützung.

Der Landtag begrüßt deshalb, dass sich der Bund klar zu seinem Teil der Verantwortung für leistungsstarke und zukunftssichere Häfen mit den notwendigen Hafeninfrastrukturen bekennt und die damit verbundene Ankündigung des Bundeskanzlers, dass sich der Bund verstärkt für die deutschen Seehäfen engagieren wird.

Der Landtag betont, dass der Ankündigung des Bundeskanzlers nun zeitnah nachgekommen werden muss. Der Landtag bittet die Landesregierung zudem, sich beim Bund im Rahmen der Erarbeitung der nationalen Hafenstrategie insbesondere auch für die Beteiligung des Bundes an einer auskömmlichen Finanzierung der Seehäfen einzusetzen.

Der Einsatz der Landesregierung für wettbewerbsfähige Häfen in Schleswig-Holstein im Rahmen des geplanten „Zukunftsdialogs Maritime Wirtschaft Schleswig-Holstein“ wird ausdrücklich begrüßt. Gleiches gilt für die Weiterentwicklung der „Hafenstrategie Schleswig-Holstein“, mit der die Landesregierung ein klares Bekenntnis für eine vielfältige, nachhaltige und zukunftsfähige Hafenlandschaft abgibt.

Begründung:

Im Vorfeld der diesjährigen Nationalen Maritimen Konferenz haben sich die norddeutschen Küstenländer und die Vertreter der Hafenwirtschaft mit einer gemeinsamen Forderung an den Bund gewandt, die bisherigen Hilfen des Bundes i.H.v. 38 Mio. EUR auf 400 Mio. EUR zu verzehnfachen. Diese Mittel sind seit 2005 in ihrer Höhe unverändert. Das muss sich vor dem Hintergrund der immensen Aufgaben der Häfen und der Entwicklung der Baukosten ändern. Der Erhalt und Ausbau der Infrastruktur ist daher eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern.

Rasmus Vöge
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion